

Nils Heisterhagen



Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format?

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2015

OBS-Arbeitspapier 19

OBS-Arbeitspapier 19

ISSN 2365-1962 (Online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Nils Heisterhagen

nils.heisterhagen@progressives-zentrum.org

Redaktion:

Dr. Burkard Ruppert (OBS)

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.

www.textfeile.de

Satz und Gestaltung:

Complot-mainz.de

Titelbild:

© Complot-mainz.de

Redaktionsschluss:

3. November 2015

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden. In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Einleitung	5
2. Mediendemokratie oder das Verhältnis von Massenmedien und Politik	8
3. Repräsentation: Über Rolle und Authentizität in der Politik.....	10
4. Politik sollte kein Theater sein	12
5. Die Ergänzung der Politik-Talkshows durch „Town Hall Meetings“	14
6. Präsentation von Urteilstkraft und politische Bildung	18
7. Resümee: Warum die Erörterung der Partizipationsmöglichkeiten?	21
8. Literatur	23
Über den Autor.....	24

Zusammenfassung

Die liberale Demokratie – vor allem in Deutschland – ist zur Zuschauerdemokratie mutiert. Politische Beteiligung und Mitbestimmung nehmen ab. Höchste Zeit, daran etwas zu ändern. Bürger brauchen eine politische Bühne, denn die Mediendemokratie kommt nicht ohne eine solche aus. Diese Bühne darf nicht allein den Politik- und Medienprofis vorbehalten bleiben. Ein Modell, um den Bürgern mehr Mitbestimmung zu geben und ihnen ein Forum zu schaffen, wo sie für ihre Mitbürger in der Medienöffentlichkeit sichtbar sind, könnten „Town Hall Meetings“ als TV-Format für politische Debatten mit Bürgerbeteiligung sein.

In diesem Essay wird gezeigt, weshalb das Modell der Town Hall Meetings zur Revitalisierung von Demokratie geeigneter ist als die bisherigen Formate der Politik-Talkshows. Im vorliegenden Arbeitspapier werden zwei Varianten des Town Hall Meetings als TV-Format vorgeschlagen. Die erste Variante, bei der Berufspolitiker von Bürgern zur Rede gestellt werden sollen, wird als „Politician question Time“ bezeichnet; der Repräsentationsgedanke ist hierbei noch stark vorhanden. Die zweite Variante wird als „Judging Citizens in Action“ bezeichnet. Hierbei geht es um die Debatte der Bürger untereinander – der Repräsentationsgedanke tritt in den Hintergrund. Über die Town Hall Meetings hinaus werden weitere Formen institutioneller Partizipationsmöglichkeiten angesprochen und in Zusammenhang mit politischer Bildung gebracht.

Ziel des Entwurfs neuer Formate politischer Beteiligung ist die Schaffung einer Citoyen-Demokratie. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Bürger politisch engagieren und politische Urteilskraft in der Debatte entwickeln.

1. Einleitung

Angela Merkel gilt als ziemlich abgeklärt. Kaum etwas scheint sie aus dem Konzept zu bringen. Und doch hat kürzlich ein 14-jähriges Flüchtlingskind es geschafft. Das junge Mädchen palästinensischer Abstammung Reem Sahwil brach bei einer Veranstaltung des Bürgerdialogs „Gut leben in Deutschland“ an einer Rostocker Schule in Tränen aus. Warum? Weil Merkel ihr – nachdem Reem Merkel ihre Situation geschildert hatte – nur wenig einfühlsam erklärte, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen könne und Reems Abschiebung nicht ausgeschlossen sei. Merkel wollte dann ihre Argumentation zur Flüchtlingsfrage weiter darlegen, bis sie bemerkte, dass das Mädchen weinte. Sie ging zu Reem, um sie zu trösten, offenbar überzeugt, dass die Unsicherheit des Mädchens wegen des TV-Auftritts es war, weshalb sie zu weinen begonnen hatte. Merkel hatte verkannt, dass der Grund dafür die existenziell bedrohliche Situation der möglichen Abschiebung war. Merkel, die Physikerin der Macht, hatte die Situation nicht verstanden. Sie hatte die Emotionen missgedeutet und blieb blamiert zurück.

Das Video des Bürgerdialogs verbreitete sich viral im Internet und löste eine erneute und vehemente Debatte über die Flüchtlingsfrage aus. Doch das Ereignis an der Rostocker Schule verdeutlicht zu gleich, welche Möglichkeiten sich für die politische TV-Debatte durch Town Hall Meetings eröffnen, wo Politiker nicht nur auf andere Medien-Profis treffen, wie Journalisten, andere Politiker oder medial versierte Wissenschaftler, sondern unmittelbar auf Bürger. Dadurch wird offensichtlich eine Form politischer Debatte ermöglicht, die die durchgebügelten Politik-Talkshows im Fernsehen kaum noch – oder per se nicht – bieten können.¹

Die Idee des Town Hall Meetings reicht bis auf die Versammlungen in der athenischen Polis zurück. Ab dem 17. Jahrhundert fand in den Vereinigten Staaten das *New England town meeting* statt. Gemeinsam ist beiden Formen, dass hier politische Entscheidungen gefällt wurden. Das ist in den heutigen Staaten mit großen Bevölkerungen kaum praktikierbar. Das Element des Anhörens und öffentlichen Diskutierens ist aber nach wie vor relevant für die Demokratie. Daher muss man das Town Hall Meeting im Rahmen einer liberalen Mediendemokratie heute neu und anders denken.

Das Anliegen des vorliegenden Demokratieessays ist es, das Town Hall Meeting ins 21. Jahrhundert zu bringen. Es wird postuliert, dass ein Town Hall Meeting als politische TV-Debatte ein neues Angebot politischer Beteiligung darstellt, welches ein positives Signal für die Revitalisierung der politischen Debattenkultur setzt.

Anstatt nur Politik-Experten eine Bühne zu bieten, bekommen die Bürger durch institutionalisierte Town Hall Meetings die gesicherte Chance, sich in politische Diskussionen einzubrin-

¹ Das Format der TV-Polit-Talkshows – auch das der TV-Politikmagazine – ist schon länger Gegenstand von sozial- und medienwissenschaftlichen Untersuchungen (siehe dazu Gäbler 2011 und 2015). Aber wirklich neue Formate sind bisher wenig gefordert und konzeptualisiert worden und wenn, dann eher in Zeitungen und Magazinen (vgl. Sorge 2015; Heisterhagen 2015), aber kaum in der Wissenschaft.

gen. Sie haben dann die Möglichkeit sichtbar zu sein für ihre Mitbürger. Und wer das Gefühl hat wirklich mitreden zu können, dessen politisches Interesse und dessen Beteiligung wächst. Angebot und Nachfrage bedingen und verstärken sich dann wirklich. Das neue medial-politische Angebot des Town Hall Meetings wird nämlich deshalb die Debattenkultur revitalisieren, weil es die politische Nachfrage anregt.

Der Unterschied von Town Hall Meetings zu Vorschlägen etwa zur Ausweitung der Wahlzeiten liegt auf der Hand: Hier kann die Sensibilität der Einzelnen dafür gefördert werden, dass jeder Staatsbürger nicht nur eine Stimme hat, um über die Zukunft mitzuentcheiden, sondern gleichsam auch die Verantwortung, den politischen Lauf der Dinge nicht über sich ergehen zu lassen, sondern vielmehr aktiv mitzugestalten.

Wo jemand selber streiten kann, was das Beste ist, da hat er gute Gründe den Streit um den Konsens mitzugestalten. Wo er das Gefühl hat, dass er etwas bewegen kann, da ist er motivierter. Verantwortung übernehmen Menschen tendenziell eher dann, wenn sie davon überzeugt sind, dass es sie braucht. Und da helfen klare Möglichkeiten, wie man diese Verantwortung auch zeigen kann.

Im Fall des Town Hall Meetings kann also tatsächlich ein neues Angebot neue Nachfrage schaffen. Denn wer das Gefühl hat, dass er mitgestalten kann, der hat dann auch weniger Grund enttäuscht zu sein. Wer etwas nicht als alternativlos schlucken muss, sondern glaubt, dass verschiedene Optionen realisierbar sind, der hat allen Grund für die Option zu streiten, die er für die Beste hält und seine Option somit als konsenswürdig auszuweisen.

Von der Etablierung von Town Hall Meetings geht demnach vor allem ein positives psychologisches Signal aus. Es würde deutlich machen, dass diese Gesellschaft an der Debatte interessiert ist. Town Hall Meetings sind somit ein Signal gegen die Alternativlosigkeit.

Das neue Konzept der Town Hall Meetings ist aber noch aus anderen Gründen vorteilhaft. Hier können die politischen Eliten mit den Alltagssorgen der Menschen konfrontiert werden. Politiker können sich hier weniger in Phrasen verlieren, weniger einem Jargon des Ungefähren verfallen. Town Hall Meetings können Politik konkret machen und vor allem die Politiker auf die Lösung von detaillierten Sachfragen fokussieren lassen. Es liegt eine *Down-to-Earth-Tendenz* in einem Dialog auf Augenhöhe zwischen Volksvertretern und den vertretenen Bürgern. Wenn die Bürger den Mut haben, den Politikern wirklich konkrete Antworten abzuverlangen, dann werden sich auch Unterschiede bei den Politikern wieder deutlicher herausheben. Das Paradebeispiel hierfür ist die ganz konkret-praktische Frage Patrick Pronks aus Worpswede an die Bundeskanzlerin in der „ARD-Wahlarena“ 2013, warum er als Homosexueller keine Kinder adoptieren dürfe. Merkel war aus dem Konzept gebracht, die Frage passte ihr nicht. Unsicher antwortete sie: „Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich mich schwertue mit der völligen Gleichstellung.“ So einen Satz hätte ihr kein Journalist entlocken können.

Town Hall Meetings sind ehrlicher. Hier geht es unmittelbarer um Argumente, um die Konfrontation auch mit Emotionen und eben nicht um weichgespülten PR-Talk, in dem man nur das sagt, was einem entweder der Politikberater vorher aufgeschrieben hat oder was möglichst im Vagen bleibt. Town Hall Meetings erfordern Präzision, das Beziehen einer Position, Klarstellungen. Dem Bürger kann man nicht ins Gesicht lügen, wenn er hartnäckig genug ist, Antworten einzufordern.

Es ist daher Zeit, über neue politische TV-Formate zu diskutieren (vgl. Sorge 2015; Heisterhagen 2015). Das Town Hall Meeting kann und sollte ein Teil einer neuen medienpolitischen Strategie zur Vitalisierung der politischen Debattenkultur in Deutschland sein. Dabei wird nicht davon ausgegangen, dass die deutsche Demokratie als solche bedroht ist. Aber es lassen sich Erosionsspuren vernehmen – wie unter anderem Colin Crouch (2008a und 2008b) diagnostiziert. Die liberale Demokratie ist nicht fundamental in der Krise. Die Zivilgesellschaft ist auch nicht tot. Aber wachsende politische Entfremdung, Rückzug aus der Öffentlichkeit, Beteiligungsmüdigkeit, politische Ohnmachtsgefühle angesichts einer als alternativlos kommunizierten Politik, wachsender Links- und Rechtspopulismus, zunehmende Extremisierung in der Wortwahl, steigender Antagonismus, das sind Vorboten einer Entwicklung, die sich zu einer handfesten Demokratiekrise entwickeln könnten. Daher braucht es neue Impulse für eine Debatte um die Revitalisierung der Demokratie, die dieser Essay versucht zu geben.

In diesem Essay wird es um die Frage gehen, weshalb wir andere Formate der politischen TV-Debatte brauchen und wie diese Formate genau zu konzeptualisieren sind. Ich werde einen konkreten Vorschlag für die Institutionalisierung neuer politischer TV-Formate unterbreiten. Über Town Hall Meetings hinaus wird nach weiteren institutionellen Partizipationsmöglichkeiten gefragt und diese werden schließlich in Zusammenhang mit politischer Bildung gebracht.

Ausgehend von der Überlegung, dass die Logik der liberalen Demokratie mit ihrem Repräsentationsgedanken die Bürger auf die Rezipientenrolle, die Zuschauerrolle reduziert – was im TV-Format der Politik-Talkshows manifest wird –, werde ich diskutieren, welche Foren oder Partizipationsmöglichkeiten sich für die Bürger ergeben, um ihre Urteilskraft präsentieren zu können. Ich diskutiere zunächst die Möglichkeiten von „Town Hall Meetings als politischer TV-Debatte“ und unterscheide dabei zwei Varianten: *Politician Question Time* und *Judging Citizens in Action* (Abschnitt 5).² Daraufhin widme ich mich der Frage, ob und wie die Präsentation von Urteilskraft einen Beitrag zur politischen Bildung der Bürger leisten kann und welche Formate außer den Town Hall Meetings diese Präsentation noch leisten können (Abschnitt 6). Im Anschluss fasse ich meine Überlegungen zusammen (Abschnitt 7).

² Die englischen Begriffe wurden nicht aus Mangel an deutschen Begriffen gewählt, sondern sollen anzeigen, dass die Formate über die deutsche Demokratie hinaus, für alle liberalen Demokratien eine republikanische Ergänzung in der Partizipation darstellen können.

2. Mediendemokratie oder das Verhältnis von Massenmedien und Politik

Es gibt verschiedene Theorien über das Verhältnis von Medien und Politik (vgl. Schulz 2011: 43-66). Doch ist sich die Politikwissenschaft weitgehend darin einig, dass sich die Öffentlichkeit fundamental verändert hat. In der attischen Polis, als sich die Bürger versammelten, um zu hören, was Perikles oder Demosthenes zu sagen hatten, waren sie direkt beteiligt am politischen Geschehen.³ Doch diese Präsenzöffentlichkeit besteht nicht mehr, sie ist einer Medienöffentlichkeit gewichen (vgl. ebd.: 118). In der Präsenzöffentlichkeit waren die Bürger sowohl Rezipienten, (potenzielle) Kommunikatoren, wie auch politisch Handelnde; in der Medienöffentlichkeit hat hingegen eine Rollenteilung stattgefunden (vgl. ebd.: 131 f.). Der direkte Kontakt und Austausch der Bürger ist nicht nur aufgrund der Größe der einzelnen Nationalstaaten, sondern auch durch den Einschub eines Mittlers, der Medien, nur eingeschränkt möglich. Die meisten Bürger sind heute nicht mehr Kommunikatoren, sondern nur noch Rezipienten – Zuschauer und Zuhörer. Auf der Bühne der Politik agieren statt ihnen Politik- und Medienprofis, wie Politiker, Journalisten, Pressesprecher, Spin-Doktoren etc.

Aber nicht nur die Medien an sich haben die Öffentlichkeit verändert, sondern auch Medien und die Medienöffentlichkeit selbst sind im Wandel, was wiederum die Art und Weise der politischen Kommunikation ändert – und dieser Wandel hat in den letzten Jahrzehnten massiv die politische Kommunikation verändert.

Der Medienwandel wurde zum großen Teil durch den Siegeszug des Fernsehens beeinflusst und heute vornehmlich durch das Internet.⁴ In die Politik ist durch die Fokussierung auf das Visuelle das Marketing eingezogen, das die Bürger wie Konsumenten ansieht, die es durch Werbebotschaften zu aktivieren gilt. Daher setzt die Politik „die sich nach allen Regeln der (Werbe-)Kunst zu verkaufen sucht, [...] vorrangig auf äußerliche und emotionale Attraktivität“ (Holtz-Bacha 2000: 12). Der dadurch induzierte Bilderzwang hat großen Anteil an der Personalisierung der Politik (vgl. ebd.: 13). Durch die Fokussierung des Mediums Fernsehen auf das Visuelle benötigt der Bürger Personen, an denen er den Inhalt der Politik festmachen kann. Personalisierung ist somit ein Charakteristikum der postmodernen Mediendemokratie. Mit

3 Gewiss ist zu konstatieren, dass alle Frauen und auch manch andere Personen in Athen nicht den Bürgerstatus hatten. Mithin gab es in der attischen Demokratie auch keine vollständige Repräsentation des Volkswillens.

4 Mit Ansätzen der E-Democracy setze ich mich in diesem Arbeitspapier nicht auseinander. Ich werte die Partizipationsmöglichkeiten über das Internet nicht per se ab, plädiere aber dafür, neben den durch das Internet bereits gegebenen Beteiligungschancen weitere Diskussionsforen zu etablieren. In diesem Arbeitspapier frage ich, wie eine Präsenzkultur der politischen Debatte in einer Mediendemokratie aussehen kann – dafür mein Vorschlag der Town Hall Meetings. Meine Prämisse ist, dass vor allem dann, wenn Menschen mit ihrem eigenen Namen und ihrer eigenen Person in die politische Debatte eintreten, auf der Bühne der Politik für alle sichtbar sind und sich mit Argumenten rechtfertigen können, aber auch müssen, ein konstruktiver Dialog über politische Maßnahmen entstehen kann.

dieser Personalisierung geht ein Wandel vom Inhalt zur Form einher: In der Mediendemokratie wird die Darstellung von Politik ebenso wichtig wie deren Herstellung.

Anders gesagt: Darin drückt sich ein Wandel von einer „parlamentarisch-repräsentativen in eine medial-präsentative Demokratie“ aus (Sarcinelli 2009: 158). In der Mediendemokratie ist die Politik eingebunden in Kommunikationsprozesse, die man – seitens der politischen Akteure, der Journalisten, der PR-Berater und Lobbyisten – jedoch für steuerbar hält. Aufgabe von Politik wird so zunehmend die Organisation von Kommunikationsimpulsen. Sie wird professioneller, weil es dazu immer mehr Planung bedarf, aber sie wird auch zum Ereignis- und Themenmanagement, weil Politik mediatisierbar sein muss. Die politischen Akteure müssen zudem Aufmerksamkeit für sich in Konkurrenz zum übrigen Programm behaupten: Für „die Politik gilt [...] das gleiche wie für das übrige Programm: Wie sie sich präsentiert und wie sie präsentiert wird, entscheidet über Dranbleiben oder Abschalten“ (Holtz-Bacha 2000: 17).

3. Repräsentation: Über Rolle und Authentizität in der Politik

Dieser Einzug von Elementen der Unterhaltung, der PR und der Werbung in die Politik wird von verschiedenen Seiten kritisiert (vgl. z. B. Crouch 2008a und 2008b). Zugleich wäre jedoch zu fragen, ob das Theatralische in der Politik schon angelegt ist, wie etwa Juliane Rebentisch (2012) meint. Politiker nehmen ihr zufolge nur eine Rolle ein:

„Den *demos* [das Staatsvolk, Anm. d.V.] der Demokratie gibt es nie jenseits seiner Repräsentation, und das heißt [...]: es gibt ihn nie jenseits der *kratia* [Macht, Herrschaft, Anm. d.V.] der Souveränität; es gibt ihn nie jenseits von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Ebendieser Umstand wird aber in einer Demokratie nicht verdeckt, sondern ausgestellt, man könnte sagen: aufgeführt – und bereits dadurch relativiert“ (Rebentisch 2012: 362, Hervorhebung im Original).

Deswegen sei der Demokratie ein Bezug zum Theater eingeschrieben.

Bereits Max Weber hatte angenommen, dass die moderne Politik ein nicht hintergebares cäsaristisches⁵ Merkmal habe, das durch das Charisma einzelner Personen wirken könne. Mit anderen Worten: Ein äußerliches, ästhetisch-theatralisches Moment wird – zumindest in geringem Maße – als zur demokratischen Repräsentationslogik zugehörig gedacht.

Ich gehe nun von der These aus, dass wir eine Zunahme von Werbung und PR in der Politik – und damit von Rollenverständnis und politischer Abgrenzung – verzeichnen, wodurch die über Gemeinnsinn verfügenden Citoyens weniger Möglichkeiten haben, einen gemeinsamen Lebenszusammenhang zu entwickeln und auszuleben. Bürger werden zu Konsumenten degradiert und sie entscheiden sich dann – zugespitzt gesagt – für dasjenige „politische Produkt“, das ihnen

5 Damit sind die Personenfixierung der modernen Politik einerseits und die Legitimierung von Herrschaft aufgrund der vertrauensvollen Bindung zwischen Herrscher und Volk andererseits gemeint. Legitimation von Herrschaft wird in diesem Sinne auch über die Persönlichkeit Einzelner geschaffen. Charismatische Figuren versuchen ihre Herrschaft durch ihre Person zu legitimieren, zumindest aber zu stützen. Während charismatische Herrschaft in vormodernen Zeiten noch ohne äußere Rahmensetzung und Regeln erfolgen konnte, besteht Weber zufolge durch Rationalisierung in der Moderne die bürokratische Herrschaft als äußerer Rahmen. Die vorherrschende Legitimitätsform der Moderne – mit der Moderne war etwa die sich entwickelnde parlamentarische Demokratie in Deutschland zu Anfang des 20. Jahrhunderts gemeint – sei die rationale oder legale Herrschaft. Diese beruht nach Weber „auf dem Glauben an die Legalität gesetzlicher Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen“ (Weber 1964: 159). Durch diese Legitimierung erhält der Rechtsstaat seinen Charakter als rationale Einrichtung rationaler Individuen. Obwohl dieser Rahmen – in negativer Konnotation: das Korsett – modern-rechtsstaatlicher Demokratie Wesensmerkmal der sich rationalisierenden Moderne sei, war doch die charismatische Herrschaft – beziehungsweise die politische Wirksamkeit begnadeter Charismatiker – für Weber Bestandteil moderner Politik. Für ihn gehörten die Personenorientierung in der Politik und die Legitimationsschaffung der Regierungen durch Einzelpersonlichkeiten zur modernen Politik dazu. Weber zufolge machen Individuen Politik. Sie kämpfen gegeneinander um Macht. Politik ist für Weber ein Nullsummenspiel; gewinnt der eine, verliert der andere. Es geht mehr um Konkurrenz und weniger um Konsens. Inhalte werden auch – und zentral – über Personen transportiert. Individuen binden Wähler an Visionen. Emotionen seien dabei nicht zu vernachlässigen. Von Politikern forderte Weber Leidenschaft. Ohne Überzeugungskraft von Individuen sei kein Machtkampf zu gewinnen. Charisma strahlt somit vor allem als emotionale Kraft, die der auf Bürokratie gestützten legalen Herrschaft zuwiderläuft.

am besten verkauft wird. So können Parteien zu Marktführern auf dem Wählermarkt werden. Aber dabei geht die Suche nach dem Konsens aller verloren, der den meisten gerecht wird.

Es geht den Politikern in dem neuen PR-Modus weniger um richtig oder falsch, weniger um eine politische Richtung, weniger um das Überzeugen und Überzeugt-Werden durch gute Gründe, als vielmehr um die Aktivierung des Wählers für die eigenen politischen Ziele durch geschickte politische PR. Darin äußert sich ein sich abzeichnender Verlust: der Verlust der Öffentlichkeit als Ort der Konstituierung des Willens des Volkes als auf das Gemeinwohl zielender Wille. So finden politische Kandidaten wie Donald Trump in den USA oder Angela Merkel in Deutschland politischen Auftrieb. Trump steht dabei für den Egoismus und Merkel für jenen visionslosen pragmatischen Politiktechnizismus, die zusammengenommen Ausdruck für die Situation der liberalen Demokratie sind – allerdings ist in den USA die postdemokratische Entwicklung weiter vorangeschritten als in Deutschland.

In den beiden Merkmalen Politiktechnizismus und Egoismus drückt sich die Reduktion der Politik auf stabiles Management bei möglichst geringen Eigenbeteiligungskosten des Wählers aus. Die Zustimmung, die Merkel und Trump erhalten, verdeutlicht die derzeitige Haltung vieler Wähler, denen die Sorge um die eigene Lage offensichtlich sehr viel wichtiger geworden ist als die Sorge um das Gemeinwohl. „Trumpismus“ und „Merkelismus“ sind zwei Facetten einer politischen Wirklichkeit, in der sich wesentliche Teile der Wählerschaft selbst am nächsten sind – und darüber hinaus nichts anderes. Die gegenwärtig vorherrschende Art und Weise der politischen Kommunikation unterstützt diese Entwicklung. Wenn die Bürger *erstens* kaum selbst eingreifen und folglich nur Konsumenten sein können, wenn die Bürger *zweitens* mit einem als alternativlos dargestellten pragmatischen Politiktechnizismus mit Ausrichtung auf die Finanzmärkte konfrontiert sind, wenn die Bürger die politische Kommunikation *drittens* trotz der Alternativlosigkeit als von unversöhnlichen Streits vergiftet wahrnehmen und *viertens* stets angehalten werden, ausschließlich an das eigene Wohl zu denken und das Ganze auszublenzen, dann ziehen sie sich aus Resignation, Ohnmacht oder aus Überzeugung ins Private zurück und kehren somit der Politik und der Öffentlichkeit den Rücken. Und sie wählen in der Folge nur noch das, wovon sie selbst zu profitieren glauben. Wenn sie allerdings selbst auf der Bühne der Politik so erscheinen könnten, dass sie von ihren Mitbürgern zumindest potenziell gesehen werden können, dann würde diese neue Präsenz mithelfen, den Rückzug ins Private aufzuheben. Und wenn sie bei politischen Diskussionen ihre Haltungen selbst rechtfertigen müssen, – das heißt nicht nur die Fragenden sind – dann kann dies sie in ihrer Urteilskraft fördern und es wird die politische Debatte beleben.

4. Politik sollte kein Theater sein

Ein Schauspieler braucht die Bühne und braucht sein Publikum. Er stellt etwas dar und der Zuschauer ist derjenige, der ihn bei seiner Darstellung beobachtet. Der Zuschauer kann nicht einfach in die Handlung eingreifen. Er bleibt Zuschauer, bis das Schauspiel zu Ende ist und der Schauspieler von der Bühne tritt. Dieses Modell lässt sich auf die Politik in der liberalen Demokratie übertragen; es demonstriert, dass Repräsentierende und Repräsentierte habituell verschieden bleiben müssen, weil die liberale Demokratie zumindest durch Elemente des Theatralischen geprägt ist. Politik-Talkshows passen in diese Logik der liberalen Demokratie. Sie sind ein Darstellungsraum für Volksvertreter und somit der liberalen Demokratie und ihrer Logik der Repräsentation verpflichtet. Volksvertreter machen Politik für das Volk und Politik-Talkshows sind ein möglicher Darstellungsraum, um Entscheidungen und Positionen zu kommunizieren. In ihnen präsentieren die politischen Akteure ihr Angebot und werben dafür, sodass der zuschauende Bürger, der als Nachfrager dieser Angebote gedacht ist, eine Wahl treffen kann. Er wird in Marketingmanier über alle Modalitäten dieses Angebots informiert und bekommt dessen Vorteile präsentiert.

Diese Art und Weise der Präsentation erzeugt meines Erachtens jedoch zwei Probleme:

Erstens wird hier nur die Logik der liberalen Demokratie reproduziert. Diese ist zentral in der Parteiendemokratie. In den Politik-Talkshows repräsentieren unterschiedliche Politiker unterschiedliche Interessengruppen. Sie sprechen stellvertretend in deren Namen, sie ergreifen Partei für sie. Die Politiktalkshows geben den Politikern ein Forum, um ihr politisches Angebot zu präsentieren, sich zugleich von anderen politischen Angeboten abzugrenzen und somit auch Differenzen zu manifestieren. In der liberalen Demokratie ist der (Partei-)Politiker folglich wie ein Schauspieler, der eine Rolle einnimmt. Unter anderem Politik-Talkshows geben ihm eine Bühne dafür.

Das erste Problem der Politik-Talkshows liegt somit darin, dass sie die Differenzen zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen reproduzieren und dadurch die Parteilichkeit als Prinzip der liberalen Demokratie verfestigt wird.⁶

Das zweite Problem liegt nun darin, dass die Politik-Talkshows die Logik der liberalen Demokratie auch dadurch reproduzieren, dass der Zuschauer Zuschauer bleiben muss. Er kann nicht eingreifen. Er muss stumm bleiben, bis die Darsteller die Bühne verlassen. Er kann klatschen oder buhen, aber sprechen soll er nicht.⁷ Das ist in der liberalen Demokratie kein sonderliches Problem,

⁶ Politischer Streit sollte nicht verabsolutiert werden. Im Sinne der Konsenstheorie ist politischer Konsens möglich und anzustreben. Es sollte um den Streit um den Konsens gehen und nicht um Streit, um verstritten zu bleiben. Antagonismus ist schlecht für die Demokratie, weil es die Öffentlichkeit spaltet und politische Kontrahenten unversöhnlicher miteinander umgehen. Parteilichkeit ist gewiss ein Merkmal heutiger Demokratie, aber eine starke Konkurrenzdemokratie – deren Gefahr es ist, sich in eine Klienteldemokratie zu verwandeln – sollte nicht das Ideal von Demokratie sein, sondern vielmehr eine Konsensdemokratie, in der politischer Streit als Suche nach den besten politischen Lösungen verstanden wird – und eben nicht als Medium der Durchsetzung von Partikularinteressen.

⁷ Man muss allerdings konzedieren, dass in den Politik-Talkshows zuweilen auch Zuschauerbeteiligung stattfindet – etwa über die sozialen Netzwerke Twitter oder Facebook. Manchmal werden auch Betroffene zu einem aktuellen Thema eingeladen. Aber was so gut wie nie stattfindet, ist, dass Mikrofone auf der Zuschauertribüne vorhanden sind und die dort Anwesenden motiviert werden, mit Wortbeiträgen in die Debatte einzugreifen.

wird doch in ihrer Logik für das Volk regiert und nicht durch das Volk. Alles was der Bürger zu tun hat, ist all seine Macht in die Hände der Volksvertreter zu legen und zu hoffen, dass sie es schon richten werden. Das Volk verbleibt kritischer Überprüfer, kritischer Potentat, der seine Vertreter rasch von der Herrschaft wieder abberufen kann: Die nächste Wahl kommt immer. Sofern der Bürger an Politik interessiert ist, gerne mitreden oder mitgestalten will, fehlt ihm dazu aller meistens ein Forum. Seine Stimme gibt er nur alle Jahre einmal ab. Die Vertretung des Willens des Volkes wurde zwar auch grundsätzlich kritisiert, etwa durch Jean-Jacques-Rousseau in seinem Gesellschaftsvertrag (vgl. Rousseau 1981). Von dieser radikalen Haltung gegenüber dem Prinzip der Repräsentation und einer reinen direkten Demokratie, halten jedoch die meisten Bürger – und der Mainstream der Sozialwissenschaft – wenig. Sie befürworten generell die Repräsentation, weil sie eine Beteiligung in großen arbeitsteiligen Gemeinwesen gar nicht anders für realisierbar halten.

Was aber, wenn der Bürger sich auch selbst äußern könnte – und dies nicht nur im rechtlichen Sinne durch mehr Formen von direkter Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie –, sondern vielmehr durch öffentliches Auftreten. Wenn es real greifbare Möglichkeiten gäbe, die republikanische Freiheit und Macht durch mehr Mitbestimmung und Beteiligung besser zu verwirklichen, erhielte die Demokratie für ihre Bürger eine andere Qualität.

Politik-Talkshows sind nicht geeignet, dem Bürger Anreize zu schaffen, um seine Stimme zu erheben. Und nicht jeder Bürger ist so motiviert, sich an Bürgerinitiativen, an Protestmärschen oder dergleichen zu beteiligen. Er wäre jedoch möglicherweise bereit, sich im direkten Gespräch mit Politikern und anderen Bürgern auseinanderzusetzen. Doch bislang fehlt ein Forum, wo er dies ohne langfristige Initiative tun kann. Es fehlen somit institutionalisierte Partizipationsmöglichkeiten.

Als beste institutionalisierte Partizipationsmöglichkeit sehe ich sogenannte „Town Hall Meetings“ an. Durch Town Hall Meetings können Bürger mit ihrer Stimme in der politischen Diskussion sichtbar werden und Einfluss nehmen.⁸ Sie können Vorschläge und damit auch sich selbst in die Gemeinschaft einbringen, was im besten Fall die Identifikation mit dieser Gemeinschaft festigt.

8 Man muss im Blick behalten, dass nicht alle sozialen Schichten eine ähnliche politische Beteiligungsquote aufweisen. Wahlbeteiligung ist etwa bei Personen mit geringem Einkommen und geringem Bildungsniveau deutlicher geringer: Hierzu halten Patrick Lamers und Sigrid Roßteutscher auf Basis umfangreicher empirischer Daten etwa fest: „Die Nichtwahl hängt zunehmend mit Bildung und sozialem Status zusammen und ist in Wohnkontexten besonders hoch, wo viele strukturell benachteiligte Bürger wohnen“ (Lamers/Roßteutscher 2014: 130). Wolfgang Merkel (2015) stellt diese soziale Schieflage in der politischen Partizipation nicht nur für allgemeine Wahlen, sondern auch für Volksabstimmungen fest und gibt zu bedenken, dass mehr Bürgerbeteiligung folglich auch ihre Schattenseiten habe: Es sind die „Gebildeten, die Informierten, die höheren Schichten und Besserverdienenden der Gesellschaft, die sich überproportional beteiligen. Die unteren Schichten, die auch an allgemeinen Wahlen nur unterproportional teilnehmen, bleiben den Volksabstimmungen fast völlig fern. Die gegenwärtige Krankheit der repräsentativen Demokratie, der fortschreitende Ausstieg der unteren Schichten aus der politischen Partizipation, ist bei Volksabstimmungen besonders fortgeschritten. Das vermeintliche Heilmittel gegen Politikverdrossenheit könnte damit für die unteren Schichten zu einer krankheitsbeschleunigenden Überdosis des direktdemokratischen Gegengifts werden“ (Merkel 2015: 30). So kann man annehmen, dass in Town Hall Meetings zunächst eher Milieus mit höherem Einkommen und Bildungsgrad teilnehmen werden. Daher muss in der Folge der Etablierung der Town Hall Meetings im Blick gehalten werden, dass eine soziale Durchmischung gefördert wird. Wenn diese soziale Durchmischung gelingt – wie sie gelingen kann, siehe unten – dann könnte sogar die Abhängigkeit der Wahlbeteiligung vom sozialen Status und Bildungsgrad abgemildert oder sogar wesentlich reduziert werden, weil die Town Hall Meetings dann das politische Interesse und die politische Urteilskraft aller Teilnehmer – insbesondere der sozial benachteiligten und finanzschwachen Teilnehmer – gestärkt haben.

5. Die Ergänzung der Politik-Talkshows durch „Town Hall Meetings“

Politik hat eine Bühne. Aber sie soll nicht exklusiv für die Politik- und Medienprofis reserviert sein. Jeder Bürger muss Zugang zu dieser Bühne haben. Politik ist also kein Theater, braucht aber die Theaterbühne, wo man sich treffen kann, weil es dort die Bühne gibt. Per se ist die politische Bühne zwar überall, denn wo Menschen sind, können Menschen andere Menschen auf etwas aufmerksam machen. Straßen sind wie Freiluftbühnen. Doch auch wenn ein spontanes Zusammenkommen, spontaner Protest, spontane Demonstrationen immer möglich sind, eben weil die politische Bühne überall ist, so sollte es doch auch Orte geben, wo die Bürger wissen, dass sie dort eine Bühne finden, auf der sie auch gesehen werden. Diese Bühne sollten zum Beispiel Town Hall Meetings bei ARD und ZDF sein.

Ich möchte im Folgenden in zwei verschiedene Formate von Town Hall Meetings für das öffentlich-rechtliche Fernsehen unterscheiden, die mir als Forum zur direkten Beteiligung von Bürgern geeignet erscheinen:

- ein Town Hall Meeting mit Politikern, Wissenschaftlern oder Intellektuellen, bei dem Bürger Fragen stellen – aber auch das Recht haben, Meinungen zu äußern und zu rechtfertigen – und
- ein Town Hall Meeting, in dem Bürger untereinander diskutieren.

Diese Town Hall Meetings sollen im Fernsehen und gleichzeitig im Internet als Livestream zu sehen sein. Die Institutionalisierung der Town Hall Meetings sollte am ehesten von den öffentlich-rechtlichen Sendern vollzogen werden.⁹ Ich schlage eine Ersetzung beziehungsweise zumindest eine Ergänzung der Politik-Talkshows durch Town Hall Meetings vor.

Im Folgenden soll nun besprochen werden, wie eine solche Etablierung von Town-Hall-Meetings genau aussieht und wie solche Veranstaltungen gestaltet werden könnten.

⁹ Denn erstens sind die öffentlichen-rechtlichen Sender durch Rundfunkbeiträge finanziert und somit besteht eine Legitimationskette zurück zu den Bürgern, die ein Recht haben, Wünsche über bestimmte Programme zu äußern. Zweitens werden die öffentlich-rechtlichen Sender durch Gremien verwaltet beziehungsweise beaufsichtigt, in denen demokratisch legitimierte Amtsträger sitzen. Diese doppelte Konstellation der demokratischen Legitimationskette verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Sender Programme anzubieten, die von denen gewünscht sind, durch die die öffentlich-rechtlichen Sender sich finanzieren und durch die sie ihre Legitimation erwarten. Die Rundfunkgremien könnten selbst ein Debattenakteur für die Hinterfragung der bisherigen Talkshowpraxis sein und auch Reformen anschieben – und damit ihre Legitimation unter Beweis stellen. Siehe zur Rolle und Funktion der Rundfunkgremien Wolf (2013).

Die erste Variante der Town Hall Meetings, in dem Politiker zur Rede gestellt werden sollen, möchte ich *Politician Question Time* nennen. Hierbei geht es vorwiegend um die Debatte zwischen Berufspolitikern und Bürgern – der Repräsentationsgedanke ist also noch stark vorhanden.¹⁰ Die zweite Variante des Town Hall Meetings möchte ich *Judging Citizens in Action* nennen. Hierbei geht es um die Debatte der Bürger untereinander – der Repräsentationsgedanke spielt hier nur insofern eine Rolle wie die Teilnehmenden unterschiedliche Positionen zum jeweiligen Diskussionsthema repräsentieren.

Meine Vorschläge sind auf Deutschland bezogen, können aber in anderen Ländern ebenfalls angewendet werden.

Ich schlage vor, jeweils eine *Politician Question Time* und eine *Judging Citizens in Action* von jeweils 60 bis 75 Minuten einmal in der Woche zu etablieren. Es sollte jeweils einen Moderator geben, der gegebenenfalls auch als Mediator einspringen kann, falls die Diskutierenden allzu barsch werden. Teilnehmen sollten jeweils nicht mehr als 40 Personen, die auf der Homepage des jeweiligen Senders, per Telefon oder per E-Mail ihre Teilnahme anmelden müssen. Es sind Kriterien zu entwickeln, nach denen die Teilnehmenden ausgewählt werden. Sie sollten einen möglichst repräsentativen Durchschnitt aus der Bevölkerung abbilden. Für alle Teilnehmenden sind Sicherheit und Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Im Falle, dass etwa links- oder rechtsradikale Teilnehmer sich einschmuggeln und mit Parolen die Teilnehmenden aufhetzen oder ihnen drohen, sind Erstere auszuschließen. Inwiefern es erlaubt sein soll, dass die Sender vorab die politische Orientierung der Teilnehmenden erfragen dürfen und sogar müssen, ist eine im Vorfeld zu diskutierende Frage. Datenschutzrechte müssen hier abgewogen werden mit der Frage, wie eine repräsentative Besetzung der Sendungen erreichbar ist. Sofern eine vorangegangene Einwilligung der Teilnehmenden zur Preisgabe ihrer politischen Orientierung erfolgt ist, könnte ein Konsens darüber geschaffen werden, die Abfrage der politischen Orientierung als notwendig einzufordern.

Eine weitere Frage betrifft die Themenwahl der jeweiligen Sendung. Muss diese offen gehalten werden und, wenn nicht, wie ist die Themenwahl zu setzen? Sollte es zuvor eine Abstimmung beispielsweise im Internet geben, sodass Teilnehmende auch zu ganz spezifischen Themen kommen können, oder soll eine Redaktion des Senders das Thema festlegen dürfen? Oder ist es gar besser, wenn es die Möglichkeit gibt, sowohl offene Themen als auch festgelegte Themen zu haben? Bei zwei Sendungen pro Woche wäre diese Flexibilität zumindest möglich.

¹⁰ Nicht zu verwechseln mit der „Primeminister Question-Time“ in Großbritannien, die eine Fragestunde im Parlament ist.

All diese Regeln sind vorher zu vereinbaren und es ist darüber hinaus festzulegen, ob das Format wieder abgesetzt werden darf, wenn es unter eine bestimmte Quote fällt. Zugleich ist die Frage öffentlich zu diskutieren, ob der Gesetzgeber die Sender zur Etablierung eines Formates zwingen darf oder ob dies eine rein freiwillige Maßnahme der öffentlich-rechtlichen Sender sein muss. Weiterhin muss die Frage erörtert werden, wann diese Sendungen laufen könnten. Ich schlage den Zeitraum von 19.00 bis 23.00 Uhr vor. Sofern es gesetzte Themen gibt, ist der Zuschauer möglichst früh darüber zu informieren. Das Thema müsste mindestens eine Woche vorher feststehen, sodass ein Teilnahmewilliger die Möglichkeit hat, sich um die Teilnahme zu bemühen (ich versuche hier das Wort Bewerbung zu vermeiden, obgleich es eine solche ist).

Die Organisation der Teilnehmenden ist von der Redaktion des Formates zu leisten. Der politisch Interessierte sollte seine Anreise am besten selbst finanzieren. Dies kann eine Sensibilität dafür schaffen, dass politische Entscheidungen mit finanziellem Aufwand verbunden sind. Sofern ein Teilnahmewilliger authentisch belegen kann, dass er kein Geld für die Anreise hat (als Ort der Sendungen schlage ich Berlin vor), wie etwa ein Arbeitslosengeldempfänger oder ein Niedriglöhner, ist ihm eine Erstattung zu gewähren. Diesen finanziellen Aufwand hat jedoch nicht der Sender zu tragen, vielmehr sollte der Teilnehmer der Sendung seine Reisekosten – unter bestimmten Bedingungen, die man zuvor klären und verrechtlichen muss – dem Staat gegenüber geltend machen können. Dafür ist vom Gesetzgeber ein Fond zu beschließen, aus dem die Reisekosten bezahlt werden können, der aber in Verwaltung des Bundes verbleibt. Ein entsprechendes Referat im Innenministerium oder Kanzleramt ist zu gründen, um die Organisation der sozial ausbalancierten bürgerlichen Teilhabe an der politischen Entscheidungsfindung zu gewährleisten.¹¹

Eine weitere Frage ist, ob zusätzlich zu den persönlich anwesenden Teilnehmern über Chat, Facebook, Twitter, E-Mail etc. nicht anwesende Zuschauer die Möglichkeit bekommen sollten, in die Diskussion einzugreifen (ein ähnliches Format bietet schon ZDF Log in). Diese Möglichkeit kann flexibel von den Sendern gehandhabt werden. Je nachdem, ob sie ausschließlich eine Diskussion von Anwesenden wünschen oder die Diskussion für die Beteiligung über das Internet öffnen wollen. Die konkrete Organisation der Teilnahme via Internet ist der jeweiligen Redaktion des Formates überlassen. Wünschenswert wäre, dass sich die unterschiedlichen

¹¹ Gegen diese Fond-Finanzierung wird das Argument der ausufernden Bürokratie erhoben werden. Aus staatskritischer Sicht würde jeder Versuch einer Gegenfinanzierung von Fahrtkosten abgelehnt werden. Wenn man aber keine Form findet, um sozial benachteiligte und finanzschwache Personen bei den Kosten für die Teilnahme zu entlasten, werden jene Town Hall Meetings als politische TV-Debatte tendenziell – nicht notwendig – keine Repräsentation des Durchschnitts der Bevölkerung erreichen können. Vielmehr könnten die Town Hall Meetings dann zum Forum für die Mittelschicht werden, die ihre Interessen stärker in das öffentliche Bewusstsein heben kann. Das kann dazu beitragen, dass die Interessen von sozial benachteiligten und finanzschwachen Personen noch weniger Einfluss bekommen als es zurzeit schon der Fall ist.

Formate im Aufbau unterscheiden, sodass der Bürger wählen kann, welches Format ihm am ehesten zusagt. Was die Auswahl der Politiker bei der *Politician Question Time* betrifft, so ist diese Auswahl der Redaktion des Formates zu überlassen. Empfehlenswert wäre es, wenn nicht immer die gleichen Führungspersönlichkeiten (wie Generalsekretäre, politische Geschäftsführer, Fraktionsvorsitzende, Parteichefs) in der Diskussion erscheinen würden. Für die anvisierte Ausdifferenzierung von Themenkomplexen ist dies nötig. Einmal pro Monat soll sich der Kanzler/in den Fragen der Bürger stellen. Anzudenken ist, ob man dazu ein gesondertes Format kreiert (*Primeminister Question Time*), zu dem mehr als 40 Bürger eingeladen werden und das in der Primetime gesendet wird. Mindestens 100 Bürger wären meines Erachtens eine gute Teilnehmerzahl. Zu besonderen Anlässen kann man auch mehrere Tausend einladen. Idealerweise bekommt ein solches Ereignis den Touch des Teilnahmeerlebnisses, wodurch eine politische Interessiertheit gefördert werden kann. Jungen Menschen könnten Town Hall Meetings zudem helfen, Selbstachtung zu entwickeln, weil sie von älteren Bürgern in der Diskussion als gleichwertig anerkannt werden. Diese Anerkennung als Gleiche kann ihr Verständnis der Bürger als Gleiche fördern, wodurch idealerweise ein besseres Zusammenleben ermöglicht wird.

6. Präsentation von Urteilkraft und politische Bildung

In Bezug auf die politische Bildung junger Menschen und ihren Zusammenhang mit politischer Urteilkraft ziehe ich die Theorie politischer Bildung von Oskar Negt (1993 und 2010) heran. Negt beginnt sein Buch „Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform“ (2010) mit den folgenden Worten:

„Kein Mensch wird als politisches Lebewesen geboren; deshalb ist politische Bildung eine Existenzvoraussetzung jeder friedensfähigen Gesellschaft. Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen. Und vor allem: *Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss* – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt 2010: 13, Hervorhebung im Original).

Sein Hauptinteresse liegt in der Rekonstruktion dessen, wie politische Bildung gelingen kann und zugleich im Aufweis der Notwendigkeit politischer Bildung für Menschen in demokratischen Ordnungen; „*Politische Bildung besteht darin, aus den einigen wenigen mehr zu machen*“ (ebd.: 17, Hervorhebung im Original), wie Negt mit Verweis auf Hannah Arendt postuliert. Warum waren es nur wenige, die sich gegen das Nazi-Unrechtsregime aufgelehnt hatten, wie Anton Schmid oder Georg Elser? Warum blieben die meisten stumme Befehlsausführer, wie am extremsten Adolf Eichmann, der gar einen Verwaltungsmassenmord organisierte und seine Handlungen in keiner Weise hinterfragte? Politische Bildung versteht sich nach Negt im Auftrag, den Bürger mit Urteilsvermögen und Sinn für das Moralische auszustatten, sodass er kraft seines Rasonierens, in der Lage ist, „Nein“ zu sagen, wenn er eine gewisse Praktik nicht billigen kann. Die politische Bildung solle dabei im normalen Alltagsmilieu ansetzen:

„Und dieses ‚normale Milieu‘ darauf zu überprüfen, wie hier und heute die Weichen gestellt werden, das ist Aufgabe der Bildung in den vielfältigen Sektoren der Gesellschaft, der Berufsbildung ebenso wie der Schule. Im normalen Alltagsmilieu herauszufinden, wo sich Entscheidungen zu kollektivem Unglück zusammenziehen, ist zentrale Aufgabe politischer Bildung“ (ebd.: 20).

Ein Vermögen, das politische Bildung fördern will und dessen es bedarf, um überhaupt politisch gebildet zu sein, sei dabei von besonderer Bedeutung – die Urteilskraft:

„*Urteilskraft* ist die Verbindung von Besonderem und Allgemeinem. Wahrnehmungen und Empfindungen sind etwas Besonderes; was man sieht, was man fühlt, den Blick auf die Straße, wo vielleicht Menschen gequält und gedemütigt werden, auf die Gesellschaft zu beziehen, die das offiziell zulässt, wäre Ausdruck von Urteilsvermögen“ (ebd.: 21, Hervorhebung im Original).

Warum ist der Ansatz von Negt für unseren Sachverhalt der Frage, wie Jugendliche politisch gebildet werden können, bedeutend? Die Beziehung von Urteilskraft und politischer Bildung spezifizierte Hannah Arendt genauer. Zur Urteilskraft gehört ihr zufolge auch, Unterscheidungen treffen zu können. Wer über gute Urteilskraft verfügt, ist auch fähig, den Normen, Vorurteilen oder Ideologien seines Umfeldes zu widersprechen. Er kann bestimmte Differenzierungen treffen. Politische Bildung vermag, wenn sie die reflektierende Urteilskraft stärkt, dafür zu sorgen, dass Bürger, insbesondere in jungen Jahren, Unterscheidungsvermögen entwickeln: „*Politische Bildung ist demnach die Entwicklung von Unterscheidungsvermögen*“ (Negt 1993: 67, Hervorhebung im Original).

Wenn dem so ist, dann sehe ich zwei Möglichkeiten, Jugendlichen Unterscheidungsvermögen zu vermitteln. Die erste ist die Möglichkeit, Leserartikel zu schreiben, die zweite, das Kreieren einer Reportage-Sendung, bei der junge Menschen, etwa in Schulklassen, eine Reportage drehen können – beispielsweise über kommunale Missstände oder kommunale Initiativen.

1. Leserartikel: Die Tages- und Wochenzeitungen und Magazine sollten mindestens fünf Prozent ihrer Artikel von Lesern schreiben lassen (auch in ihren Online-Ausgaben). Bürger brauchen Foren, wo sie ihre Meinung äußern können. Sie brauchen einen Publizitätszugang – über die Formen, die das Internet bietet, hinaus. Die großen Zeitungen und Magazine wollen einen möglichst breiten Kreis von Leserinnen und Lesern ansprechen. Sie verfügen somit über das Potenzial, gemeinschaftliche Foren zu ermöglichen. Eventuelle Mehrkosten sind den Verlagen durch den Staat zu ersetzen.

2. Reportage-Sendung: Sofern dieses Angebot etwa von Politiklehrern an den Schulen genutzt wird, kann es im Hinblick auf politische Bildung von Jugendlichen enorme Möglichkeiten zur Verwirklichung der eigenen politischen Kompetenzen bereitstellen, weil Jugendliche dann erfahren, dass ihr Engagement sichtbar wird, und dies kann sie dann stark motivieren zu einem aufmerksamen und politisch interessierten Bürger zu reifen. Das Format sollte ein etwa 15 bis

30-minütiger Film sein. ARD und ZDF könnten einen Sendeplatz dafür bereitstellen. Die Qualität dieser Reportagen würde zwar nicht das Niveau professioneller journalistischer TV-Reportagen erreichen. Sofern aber Qualitätskriterien entwickelt werden und die redaktionellen Kapazitäten für professionelle Begleitung und Nacharbeitung dieser Reportagen geschaffen werden, könnten diese Reportagen durchaus ihren Platz im Programm von ARD und ZDF finden.

7. Resümee: Warum die Erörterung der Partizipationsmöglichkeiten?

Sowohl Leserartikel, als auch die Reportage-Sendung könnten eine Partizipations- und Engagementkultur fördern, die einen republikanischen Geist in Deutschland beleben könnte. Maßnahmen, die eine Partizipationskultur befördern, vermögen es auch die politische Bildung der Bürger und deren Unterscheidungsvermögen mit voranzutreiben. Einen ähnlichen Zweck verfolgt die Ersetzung beziehungsweise Ergänzung der Politik-Talkshows durch Town Hall Meetings. Durch sie wird die Beteiligung des Publikums erreicht oder genauer dessen Auflösung (als Zuschauer), aber nicht sein Verschwinden. Das Publikum konstituiert sich dadurch als Zusammenschluss einzelner Urteilsfähiger und verwahrt sich dagegen, eine schweigende und rezeptive homogene Masse zu sein, in der der Zuschauer im Moment des Zuschauens jeder Individualität beraubt ist. Durch die Präsentation der Urteilskraft erlangt der Einzelne Publizität und die Publizität generiert ein Forum von Republikanern, deren Wille auf die Darlegung der verschiedenen Positionen zielt. Es entsteht so eine Versammlung interessierter Menschen (wie schon Bertolt Brecht sich sein Publikum wünschte, dazu Rebutisch 2012: 348), die sich nun auch einschalten können. Diese Möglichkeit verhilft zur Freischaltung des Willens zur Teilhabe an Politik.

Der Einzelne, der sich einschaltet, kann Partei beziehen, er kann sich als jemand zeigen, der, etwa weil er Niedriglöhner ist, für Niedriglöhner spricht, er kann sich als jemand zeigen, der, weil er Investmentbanker ist, für die Freiheit der Märkte spricht. Doch bei dieser Konfrontation der Interessen wird es nicht bleiben. Die dort agierenden Republikaner werden den Habitus der Perspektivenvielfalt verinnerlichen. Das wird sie unparteilicher machen, als sie es vorher waren – denn sie verstehen und verinnerlichen nun andere Argumente, die ihnen bislang entweder unbekannt oder aber unverständlich erschienen. Ihr Urteil wird so – zumindest tendenziell – fundierter, da sie sich mit anderen Argumenten besser auseinandersetzen. Republikaner machen sich unparteilicher, indem sie sich dem Streit stellen. Der Streit wird so umgewendet, um zum Konsens führen zu können. Die Konfrontation der verschiedenen Positionen und die ernsthafte Auseinandersetzung leiten den parteipolitisch desinteressierten Bürger zu einer größeren Unparteilichkeit.

Wenn heute politischer Streit nur als parteipolitischer Streit sichtbar ist, dann ist es fast selbstverständlich, dass sich die weniger parteipolitisch engagierten Bürger mehr oder weniger einer Partei zuordnen. Aber das tun sie eher aus Mangel an konsensorientierter Diskussion. Wenn sie nun ein Forum haben, bei dem es mehr um das Argument und weniger um die Parteizugehörigkeit geht, können sie sich besser vom Argument leiten lassen. Zwar bleiben

auch hier die Partikularinteressen nicht aus. Aber sie wären eingebettet in einen Rahmen des Raisonierens – der freien und entkategorisierten Meinungsbildung.

Ziel dieses Essays war die Erörterung der Möglichkeit der Konstituierung von Citoyens als *Medien-Citoyen* (vgl. zu dem Begriff auch Sarcinelli 2009: 160). In der praktischen Erörterung von neuen institutionalisierten Möglichkeiten der Partizipation habe ich die Ersetzung beziehungsweise Ergänzung von Politik-Talkshows durch Town Hall Meetings vorgeschlagen, sowie die Schaffung der Möglichkeit, Leserartikel zu schreiben, und die Etablierung einer Reportage-Sendung, produziert von Bürgern. Jetzt ist es die Aufgabe von Journalisten und Politikern, einen neuen Diskurs über die Zukunft der politischen Debatte in Deutschland zu beginnen – und das für alle Bürger.

Literatur

Crouch, Colin (2008a): Postdemokratie, Bonn.

Crouch, Colin (2008b): Die Macht verschiebt sich, in: Der Spiegel, 32, Hamburg.

Gäbler, Bernd (2011): „... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“ Inszenierungsstrategien, redaktionelle Dramaturgien und Rolle der TV-Polit-Talkshows, OBS-Arbeitsheft 68, Frankfurt am Main.

Gäbler, Bernd (2015): „... den Mächtigen unbequem sein“ Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine, OBS-Arbeitsheft 81, Frankfurt am Main.

Heisterhagen, Nils (2015): Ohne uns, The European – Das Debattenmagazin, online verfügbar unter URL: <http://www.theeuropean.de/nils-heisterhagen--2/9686-die-hamburg-wahl-und-politikverdrossenheit>, letzter Zugriff: 21.08.2015.

Holtz-Bacha, Christina (2000): Bundestagswahlkampf 1998. Modernisierung und Professionalisierung, in: dies (Hrsg.): Wahlkampf in den Medien - Wahlkampf mit den Medien. Ein Reader zum Wahljahr 1998, Wiesbaden, S. 9-23.

Lamers, Patrick und Roßteutscher, Sigrid (2014): Die Wahlbeteiligung, in: Schmitt-Beck, Rüdiger; Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof u.a.: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 119-131.

Merkel, Wolfgang (2015): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, OBS-Arbeitsheft 80, Frankfurt am Main.

Negt, Oskar (1993): Zum Verständnis des Politischen bei Hannah Arendt, in: Kemper, Peter (Hrsg.): Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt, Frankfurt am Main, S. 55-68.

Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen.

Rebentisch, Juliane (2012): Die Kunst der Freiheit. Zur Dialektik demokratischer Existenz, Frankfurt am Main.

Rousseau, Jean Jacques (1981): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, in: ders: Sozialphilosophie und Politische Schriften, München, S. 269-391.

Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden.

Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, Wiesbaden.

Sorge, Petra (2015): Wie Merkel den politischen Talk revolutionierte, Cicero – Magazin für politische Kultur, online verfügbar unter URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/buergerdialog-als-tv-debatte-wie-merkel-den-politischen-talk-revolutionierte/59598>, letzter Zugriff: 25.08.2015.

Weber, Max (1964): Wirtschaft und Gesellschaft (Erster Halbband), Tübingen.

Wolf, Fritz (2013): Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge, OBS-Arbeitsheft 73, Frankfurt am Main.

Über den Autor

Nils Heisterhagen ist Junior Policy Fellow beim Think Tank „Das Progressive Zentrum“ und arbeitet als Referent der Grundsatzabteilung des IG Metall Vorstandes. Zudem ist er Doktorand der Philosophie an der Humboldt Universität zu Berlin.

Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir online in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“. Infos und download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 19 Citizens on Stage – Neue Chancen politischer Beteiligung durch Town Hall Meetings als TV-Format (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12: Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11: Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10: Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9: Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8: Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7: Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6: Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste (Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5: Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4: Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3: Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2: Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

Wer über laufende Projekte, aktuelle Arbeitspapiere und neue Arbeitshefte informiert werden will, wer auf wichtige Termine und interessante Veranstaltungen regelmäßig und frühzeitig hingewiesen werden sowie über die Arbeit der Stiftung und spannende Kooperationsprojekte auf dem Laufenden gehalten werden möchte, sollte unseren Newsletter abonnieren, der bis zu fünf Mal im Jahr erscheint.

Infos und Abo unter: www.otto-brenner-stiftung.de/presse/newsletter/archiv.html

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Konto: 905 460 03	161 010 000 0
BLZ: 500 500 00	oder 500 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03	DE81 5001 0111 1610 1000 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Konto: 905 460 11	198 736 390 0
BLZ: 500 500 00	oder 100 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Berlin
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11	DE11 1001 0111 1987 3639 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F 100

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 84**
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83**
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 82**
Silke Röbenack, Ingrid Artus
Betriebsräte im Aufbruch?
Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 81**
Bernd Gäbler
„... den Mächtigen unbequem sein“
Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine
- **OBS-Arbeitsheft 80**
Wolfgang Merkel
Nur schöner Schein?
Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 79***
Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann
„Das Unwort erklärt die Untat“
Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik
- **OBS-Arbeitsheft 78***
Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz
Missbrauchte Politik
„Bild“ und „BamS“ im Bundestagswahlkampf 2013
- **OBS-Arbeitsheft 77***
Werner Rügemer, Elmar Wigand
Union-Busting in Deutschland
Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung
- **OBS-Arbeitsheft 76***
Marvin Oppong
Verdeckte PR in Wikipedia
Das Weltwissen im Visier von Unternehmen
- **OBS-Arbeitsheft 75***
Olaf Hoffjann, Jeannette Gusko
Der Partizipationsmythos
Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen
- **OBS-Arbeitsheft 74***
Alexander Hensel, Stephan Klecha
Die Piratenpartei
Havarie eines politischen Projekts?
- **OBS-Arbeitsheft 73**
Fritz Wolf
Im öffentlichen Auftrag
Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 19

Citizens on Stage – Neue Chancen politischer
Beteiligung durch Town Hall Meetings als TV-Format